

Die AfD Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl 2026

Eine Gefahr für Demokratie, Wirtschaft und
gesellschaftliche Stabilität

AUTOR

David Begrich wurde 1972 in Erfurt geboren, ist Theologe und Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. in Magdeburg.

Problemstellung: Vor den Landtagswahlen am 6. September 2026 liegt die AfD Sachsen-Anhalt in Umfragen knapp über 40 Prozent (Redaktionschluss: 23.06.2026).¹ Die Partei strebt 45 Prozent plus X bei den Landtagswahlen und somit eine Alleinregierung an. Unter der Voraussetzung, dass politische Wettbewerber wie Grüne, FDP, BSW die Fünf-Prozent-Hürde knapp unterschreiten, rückt dieses Ziel der AfD in den Bereich des Möglichen. Die vom Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt als rechts-extremistisch eingestufte Partei plant im Falle einer Regierungsübernahme, Sachsen-Anhalt zu einem Modellland für rechtsautoritäres Regieren umzugestalten.

Inhalt: Nachstehend ein Überblick zur politischen Programmatik und Praxis der AfD in Sachsen-Anhalt und eine Skizze des Prozesses ihrer politischen Radikalisierung seit 2016.

① Kontext Ostdeutschland

Bedingt durch die DDR-Vergangenheit, aber auch durch den Verlauf der Transformationsjahre (1990–2000) ist das Vertrauen in die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik in Ostdeutschland signifikant geringer ausgeprägt als in den alten Bundesländern.² Die sich von der westdeutschen Normalitätserfahrung deutlich unterscheidende zeitgeschichtliche Erfahrung zweier Generationen ostdeutscher Wähler ist geprägt von tiefgreifenden biografischen und kollektiven Umbrüchen in allen Lebensbereichen. Verunsicherung, Misstrauen in die Verlässlichkeit staatlichen Handelns und sozialer Beziehungen erzeugen eine Distanz zu Parteien als Orte der politischen Willensbildung und gegenüber staatlichen Institutionen, deren umfassende Kompetenz bei der Lösung von Alltagsproblemen zugleich politisch adressiert wird. Die Zustimmungsraten zu autoritären Ideen ist in Ostdeutschland vergleichsweise höher als in anderen Teilen Deutschlands.³ Hinzu tritt ein nach wie vor wirksames Repräsentationsdefizit, namentlich der Repräsentanz der Ostdeutschen in den Bereichen Alltagskultur, Sport und Freizeit. Dies ist für die politische Kommunikation der AfD im Wahlkampf von Bedeutung, da sie durch die Besetzung dieser Themen im vorpolitischen Raum Geländegewinne zu erzielen hofft. Als Beispiel hierfür kann die „Simson“-Ausfahrt gelten, mit der die AfD bereits im Thüringer Landtagswahlkampf 2024 für sich warb und die als Format auch im diesjährigen Wahlkampf durch den AfD-Spitzenkandidaten, Ulrich Siegmund,

genutzt wird.⁴ Wenn die AfD im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt weiter ostdeutsche Identitätsthemen bedienen sollte, könnte dies ihre Resonanz in der Wählerschaft erweitern.

Im Hinblick auf das Thema Antisemitismus in Sachsen-Anhalt sei auf den im Juni 2026 erschienenen Jahresbericht 2025 der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Sachsen-Anhalt hingewiesen.⁵ In dem Bundesland dokumentierte RIAS im Jahr 2025 270 antisemitische Vorfälle, was einen Anstieg von 33,7 % im Vergleich zum Vorjahr (202 Vorfälle) darstellt. Mehr als die Hälfte der Fälle, deren Tathintergrund bekannt ist, haben ein rechtsextremeres Motiv. In Bezug auf die jüngere Geschichte des Antisemitismus in Sachsen-Anhalt muss an den Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 erinnert werden, als ein rechtsextremer Attentäter versuchte, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur in die Synagoge in Halle einzudringen und ein Massaker anzurichten. Nachdem ihm das nicht gelang, tötete er die Passantin Jana Lange und anschließend Kevin Schwarze im „Kiez-Döner“-Imbiss.

② Rechtsextremer Charakter der Landespartei

Die AfD Sachsen-Anhalt ist seit 2016 im Landtag vertreten. Ihr erster Landesvorsitzender und späterer Fraktionschef im Landtag Sachsen-Anhalts, André Poggenburg, richtete Partei und Fraktion zu einem Zeitpunkt an rechtsextrremen Leitbildern aus, als diese in der Gesamtpartei noch nicht Konsens waren. Gemeinsam mit dem Landesverband Thüringen und Sachsen gehörte die AfD Sachsen-Anhalt zu den Impulsgebern der stetigen Radikalisierung der Partei im vergangenen Jahrzehnt. Die Landespartei verfolgt analog zum Landesverband Thüringen eine ihrem ideologischen Wesen nach *völkisch-nationalistische Politik*, die erkennbar antiparlamentarische und antipluralistische Züge trägt. Die AfD Sachsen-Anhalt ist ihrer politischen Praxis, der Einlassungen ihrer Funktions- und Mandatsträger und ihrer politischen Rhetorik nach eine rechtsextremer Bewegungspartei. Ideologisch gefördert wurde der Prozess der Radikalisierung der AfD in Sachsen-Anhalt von dem seit 2001 in Sachsen-Anhalt ansässigen neurechten „Institut für Staatspolitik“ (IfS), dessen Kopf Götz Kubitschek die AfD bereits 2016 als eine systemoppositionelle Bewegungspartei antizipierte. Im Jahr 2024 kam das IfS mit einer Selbstaflösung wohl einem Vereinsverbot zuvor, die Strukturen bestehen jedoch unter anderem im von Kubitschek betriebenen Verlag Antaios weiter. In seiner organisatorischen Verfasstheit fällt der Landesverband dadurch auf, dass zahlreiche Positionen in Partei und Fraktion an Verwandtschaftsverhältnisse gebunden sind, die eine persönliche Loyalität zu Funktions- und Mandatsträgern nahelegen, welche in einem Spannungsverhältnis zur demokratischen organisatorischen Verfasstheit der Landespartei stehen. Die Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums Sachsen-Anhalts stuft die AfD im Bundesland als rechtsextremeristisch ein.⁶

③ Vordenker

Die ideologisch-weltanschauliche Ausrichtung der Landespartei wurde in den vergangenen Jahren wesentlich durch Dr. habil. Hans T. Tillschneider entwickelt.⁷ Tillschneider war Autor und Redakteur des zur Landtagswahl 2026 vorliegenden Wahlprogramms. Wesentliche Impulse für die Ausgestaltung und Planung des von der AfD vorgesehenen grundsätzlichen Umbaus in den Feldern der Gesellschaftspolitik (Bildung, Kultur, Hochschulen) kommen von ihm. Im Landtagsplenum trägt er regelmäßig rhetorisch scharfe Attacken gegen den Liberalismus vor.⁸ Es ist offenkundig, dass Tillschneider weltanschaulich dem Leitbild des völkischen Nationalismus folgt. Zudem bezieht er sich außenpolitisch positiv auf Russland.⁹ Er ist nicht zuletzt wiederholt durch antisemitische und israelfeindliche Aussagen aufgefallen.¹⁰

④ Spitzenkandidat

Ulrich Siegmund, Spitzenkandidat der AfD, führt seit Jahren eine erfolgreiche Kommunikation in sozialen Medien. Seine Videos haben eine hohe Reichweite in der Kernanhängerschaft der AfD. Der studierte Wirtschaftspsychologe beherrscht die Klaviatur einer Rhetorik, in der die Inhalte der AfD zielgruppenspezifisch adressiert, bei Bedarf auch depolitisiert werden. Dies schafft den Eindruck, Siegmund stehe als Person in einem Kontrast zur Programmatik der AfD. Dies ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr handelt es sich um eine Doppeladressierung. Das Wahlprogramm wendet sich an die Kernwählerschaft der AfD, die die Partei aus Gründen der inhaltlichen Übereinstimmung wählt. Der Kandidat adressiert Menschen, die der Sphäre der Politik fernstehen. Das Programm kommuniziert Politik. Der Kandidat kommuniziert lebensweltliche und habituelle Nähe und Sympathie.

⑤ Machtoptionen der AfD

Die AfD setzt offiziell auf eine Alleinregierung in Sachsen-Anhalt und postuliert, keine Kompromisse schließen zu wollen. Das Szenario einer Alleinregierung ist unwahrscheinlich, aber auch nicht gänzlich ausgeschlossen. In diesem Falle setzt die AfD auf das politische Momentum der Disruption. Es soll einen fundamentalen Politikwechsel geben, der Züge eines Bruchs mit der demokratischen Kultur des Landes trägt. Verwiesen sei hier auf die geplante Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags mit dem MDR und die Infragestellung der Staatskirchenverträge. Im Hinblick auf Staatsverträge der jüdischen Gemeinde sind keine öffentlichen Verlautbarungen der Partei bekannt.

Realistischer als eine AfD-Alleinregierung erscheint eine Situation, in der die AfD einen politischen Sperrriegel im Landtag von Sachsen-Anhalt bildet, um den herum demokratische Parteien Mehrheiten organisieren müssten oder eine Minderheitsregierung auf wechselnde Mehrheiten unter Einschluss der AfD angewiesen wäre.

Derzeit ist die Landespartei nicht ausreichend auf eine alleinige Regierungsübernahme vorbereitet. Es fehlt an ministrablen Führungspersönlichkeiten, aber auch an Personal für die Besetzung von Positionen auf der operativen Ebene von Ministerien und Verwaltung. Die Partei hat in den vergangenen Jahren durch intensive Kontakte zur FPÖ nach Österreich den Versuch unternommen, sich hinsichtlich der Herausbildung von Regierungskompetenz zuzurüsten. Zudem versucht die Partei im Milieu der deutschen nationalen Burschenschaften Personen zu rekrutieren, die als Volljuristen über die notwendige Qualifikation und Kompetenz für Leitungs- und Führungsaufgaben verfügen.

⑥ Einschätzung des Wahlprogramms 2026

Im April 2026 beschloss die AfD Sachsen-Anhalt ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl, welches sich inhaltlich deutlich von jenen der Wahljahre 2016 und 2021 unterscheidet. In Bezug auf die Pläne der Partei in den Feldern Kultur, Bildung und Gesellschaftspolitik ist eine deutliche Radikalisierung zu verzeichnen. Die Kultur- und Gesellschaftspolitik soll dem Primat eines *Bekenntnisses zum Patriotismus* folgen. Dies käme einer weltanschaulich determinierten Verengung der Lehr- und Kunstfreiheit gleich, von der Theater, Orchester, Hochschulen und Kunstmuseen in ihrer inhaltlichen Handlungsfreiheit unmittelbar betroffen wären. Gleiches gilt für die Arbeit gemeinnütziger Vereine, deren Tätigkeit faktisch unter einem weltanschaulichen „Patriotismus“-Vorbehalt stünde, sobald öffentliche Fördermittel in Anspruch genommen werden.

Im Feld der Hochschulpolitik plant die AfD die Rückkehr zur Ordinarienuniversität, was ein Ende der studentischen Mitbestimmung und eine statuarische Zurücksetzung des akademischen Mittelbaus bedeuten würde.

Die AfD setzt auf die offensive Aneignung des rassistischen Begriffs „Remigration“. Die inhaltliche Akzentsetzung der Verwendung des Begriffs hält die Partei bewusst vage. Mal ist davon die Rede, mit „Remigration“ sei die Abschiebung ausreisepflichtiger Personen gemeint. Mal wird der Begriff „Remigration“ in den politischen Diskurs gestellt und der politischen Assoziation der Anhängerschaft anheimgestellt. Dies nährt bei Migrantenorganisationen die Furcht, eine AfD-Regierung werde umfangreiche Maßnahmen ergreifen, die eine Diskriminierung von Migranten zum Ergebnis haben.¹¹ Die Migrationspolitik der AfD gefährdet den Verbleib und den Zuzug ausländischer Fachkräfte in Sachsen-Anhalt. Dennoch betont die Partei, den Verbleib von ausländischen Fachkräften nicht in Frage zu stellen.

Im Hinblick auf die Erinnerungspolitik klammert die AfD das 20. Jahrhundert, den Nationalsozialismus und den industriellen Massenmord an Jüdinnen und Juden im Holocaust beinahe gänzlich aus. „Vergangenheitsbewältigung“ wurde in einem maßgeblich von Tillschneider verfassten Entwurf des Wahlprogramms von Anfang März zunächst als „Perpetuierung einer Neurose“ bezeichnet, die eine „stabile nationale Identitätsbildung verbaut“ und „jede positive Bezugnahme auf unsere reiche Geschichte vor 1933“ vermeide.¹² Die Endfassung des im April 2026 beschlossenen Programms behauptet eine „Verewigung eines Schuldkomplexes“.¹³ Diese Formulierungen reihen sich ein in immer wieder von der AfD vorgetragene Relativierungen des Holocaust und Forderungen aus der Partei nach einem „Schlussstrich“ unter dem Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Der ehemalige Parteivorsitzende der AfD, Alexander Gauland, bezeichnete bereits 2018 „Hitler und die Nazis“ als „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“¹⁴ Im Wahlprogramm der Partei für die Landtagswahl ist der Wunsch einer geschichtsrevisionistischen Rückbesinnung auf das 19. Jahrhundert ablesbar, der unter anderem in einem „Stolz-Pass“ zum Besuch „bedeutsamer Kulturstätten“ und einer Imagekampagne, die dazu anregen soll, „deutsch“ zu denken, Ausdruck verliehen werden soll.

In ihrer politischen Kommunikation ließ die AfD Sachsen-Anhalt wiederkehrend erkennen, dass sie umfangreiche, über das bei Regierungswechseln übliche Maß hinausgehende Umbesetzungen in der Beamtenschaft in der Landesverwaltung anstrebe. In Einlassungen in den Medien spricht AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund von einer Zahl von zwischen 150 bis 200 Personen, die in der Landesverwaltung umgesetzt werden sollten.¹⁵ Darauf, dass dies nicht rechtskonform möglich ist, haben verschiedene Juristen bereits hingewiesen. Gleiches gilt für die Bemerkung eines Vertreters der Partei aus Anlass eines sogenannten „Bürgerdialogs“, dass „wenn wir das Innenministerium besetzen, besetzen wir auch den Verfassungsschutz“. Diese Feststellung der Fakten stellt eine Herausforderung für die Sicherheitsarchitektur der Bundesländer im Bereich der Extremismusbekämpfung bzw. Prävention dar.

Sollte die AfD in Sachsen-Anhalt in Regierungsverantwortung kommen, müssten Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, schützenswerte Interessen des Landes zu sichern. Insbesondere betrifft dies sicherheitsrelevante Erkenntnisse von Polizei und Verfassungsschutz. Im Zentrum steht dabei die Notwendigkeit, den Abfluss von sensiblen Informationen an Unbefugte zu verhindern. Im Kern geht es um die Nicht-Weitergabe von Informationen an rechtsextreme Kreise und russische Dienste.

7 Fazit

Die AfD in Sachsen-Anhalt stellt eine Gefahr für die Demokratie dar. Ihre Politik zielt auf eine autoritäre Formierung der Gesellschaft nach völkisch-nationalistischen Prinzipien. Eine AfD-Regierung in Sachsen-Anhalt würde ohne Zweifel einen Bruch mit den Traditionen der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland als liberalem Rechtsstaat darstellen. Die weitgehende Normalisierung der AfD im politischen Betrieb stellt eine Herausforderung für die demokratische Kultur und für eine differenzierte zielgruppenadäquate politische Kommunikation dar.

Daraus ergeben sich folgende Handlungsempfehlungen:

- Demokratische Parteien und Institutionen sollten eigene Themen und Begriffe setzen, strategisch kommunizieren und Themen der AfD nicht 1:1 übernehmen.
- Der ostdeutsche Resonanzraum der eigenen politischen Kommunikation muss sowohl aus landespolitischer als auch aus bundespolitischer Perspektive berücksichtigt werden.
- Es braucht den Dialog mit der politikfernen Wählergruppe der AfD. Von einem Dialog mit den Ideologieproduzenten der AfD, gefestigten Rechtsextremen ist abzusehen.
- Es müssen aktiv ostdeutsche Wertepartner und regionale Partner in der Wirtschaft angesprochen werden.
- Für den möglichen Fall, dass die AfD ab Herbst den Innenminister stellt, müssen Bund und Länder frühzeitig Vorbereitungen für Maßnahmen treffen, die garantieren, dass sicherheitsrelevante Informationen nicht in den Händen Rechtsextremer, Russlands oder anderer Unbefugter enden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Sonntagsfrage – Sachsen-Anhalt (Wahlumfrage, Wahlumfragen) (zuletzt abgerufen am 22.06.2026)
Mai < 2026 < LänderTREND < Sachsen-Anhalt < Umfragen & Analysen < Infratest dimap (zuletzt abgerufen am 22.06.2026)
- 2 Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien: eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh 2019 S.40ff.
- 3 Deutschland-Monitor '25: Gesellschaftliche und politische Einstellungen, 1. Aufl., Berlin u. a. 2026.
- 4 Vgl. Frankfurter Rundschau 20.02.26 „Höcke vereinnahmt Kult-Moped“ AfD vereinnahmt Kult-Moped Simson – Nachfahren der jüdischen Gründer empört (zuletzt abgerufen 22.06.2026); X-Kanal @UlrichSiegmond <https://x.com/UlrichSiegmond/status/2054604087681822799> (zuletzt abgerufen 22.06.2026)
- 5 Meldestelle RIAS Sachsen-Anhalt (2026): Antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt 2025. Herausgegeben von OFEK e. V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung. Berlin.
- 6 Vgl. Ministerium für Inneres und Sport Land Sachsen-Anhalt (Hg.) Verfassungsschutzbericht 2025 https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3_Themen/Verfassungsschutz/VS_B_2025_gesamtfassung_Presse.pdf (zuletzt abgerufen am 18.06.26)
- 7 Vgl. Landtag des Landes Sachsen-Anhalt: Kurzbiografie MdL Hans Thomas Tillschneider: <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/landtag/abgeordnete/abgeordnetensuche/biografien/abgeordneter/hans-thomas-tillschneider/8-wahlperiode/> (zuletzt abgerufen am 18.06.26)
- 8 Vgl. Youtube Kanal Hans Thomas Tillschneider: <https://www.youtube.com/@staatundfamilie/videos> (zuletzt abgerufen am 18.06.26)
- 9 Vgl. MDR Aktuell 09.10.2025 : AfD Politiker aus Sachsen-Anhalt ehren Putin <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/afd-tillschneider-schroeder-lizureck-russland-putin-geburtstag-102.html> (zuletzt abgerufen am 18.06.2026)
- 10 Vgl. Gensing, Patrick: Tagesschau: Antisemitismus: Brandgefährliche Verschwörungslegenden. 09.11.2019 Antisemitismus: Brandgefährliche Verschwörungslegenden | tagesschau.de (zuletzt abgerufen 22.06.2026); Lelle, Nikolas: Lagebild Antisemitismus: Free Palestine from german guilt. Lagebild Antisemitismus: Free Antisemitismus from german guilt (zuletzt abgerufen 22.06.2026)
- 11 Vgl. MDR Sachsen-Anhalt: Migranten vor der Wahl in Sachsen-Anhalt: Wir sitzen auf gepackten Koffern. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/afd-lamsa-forderungen,migranten-landtagswahl-100.html> (zuletzt abgerufen am 18.06.26)
- 12 Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt 2026-03-04_Entwurf_AfD-Regierungsprogramm-2026_Rev.1.0.pdf (zuletzt abgerufen 23.06.2026)
- 13 AfD Regierungsprogramm für Sachsen-Anhalt (zuletzt abgerufen 23.06.2026)
- 14 Wiederwald, Rupert: „Vogelschiss in der Geschichte“ (zuletzt abgerufen 23.06.2026)
- 15 Vgl. t-online: „Offener Kampf um den Rechtsstaat“. AfD plant Radikalumbau in Sachsen-Anhalt. Sachsen-Anhalt: AfD will bei Wahlerfolg 200 Top-Beamte entlassen (zuletzt abgerufen 23.06.2026)

Impressum

Dieser Policy Brief wurde von David Begrich im Auftrag des American Jewish Committee Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations (AJC Berlin) verfasst. Nicht alle in diesem Policy Brief getroffenen Aussagen und Wertungen sind mit denen des AJC Berlin identisch.

© 2026 AJC Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations

Redaktionsschluss: Juni 2026

<http://www.ajcgermany.org/>